

Umstrittene Aussichten für den Arbeitsmarkt

Blanchard: Deregulieren hilft / Sinn: Keine Wende / Verein für Socialpolitik

orn. BERLIN, 20. September. Die Aussichten auf eine geringere Arbeitslosigkeit in Deutschland und auf einen höheren Anteil der Lohnsumme am Bruttoinlandsprodukt sind gut. Zu diesem Ergebnis kommt der Nationalökonom Olivier Blanchard vom Massachusetts Institute of Technology (MIT) in einer Untersuchung, die er am Mittwoch auf der Jahrestagung des Vereins für Socialpolitik, der traditionsreichen Vereinigung aller deutschsprachigen Ökonomen, in Berlin vorgestellt hat.

Eine Ursache sei, daß die Arbeitnehmer in Tariffrunden mit den Unternehmen an Verhandlungsmacht verloren hätten. Blanchard subsumiert dies unter dem Begriff der Deregulierung auf dem Arbeitsmarkt. Um die Beschäftigungslage und die anteilige Entlohnung der Produktionsfaktoren zu erklären, ist nach seiner Ansicht auch der Grad an Regulierung oder Deregulierung auf den Güter- und Arbeitsmärkten wichtig, nicht nur die Höhe von Löhnen und Zinsen.

Kurzfristig führe dieser Verlust an Einfluß dazu, daß die Reallöhne schrumpften und der Anteil der Lohnsumme am Bruttoinlandsprodukt zugunsten der Unternehmensgewinne weiter zurückgehe, während die Arbeitslosigkeit jedoch konstant bleibe oder allenfalls leicht zunehme. Durch den geschwundenen Einfluß der Arbeitnehmer auf die Lohnfindung werde es langfristig jedoch für Unternehmen unter Kostengesichtspunkten leichter, auf neuen Märkten

Fuß zu fassen. Wenn nun mehr Arbeitgeber auf diese Märkte strömten, wachse auch das Arbeitsvolumen, so daß der Reallohn letztlich konstant bleibe und die Arbeitslosigkeit abnehme. Die Deregulierung auf den Gütermärkten habe eine ähnliche Wirkung, sagte Blanchard: Je leichter der Marktzutritt werde, desto schneller entstehe neues Einkommen, sinke die Arbeitslosigkeit und steige der Reallohn.

Pessimistisch hingegen zeigte sich Hans-Werner Sinn, der derzeitige Vorsitzende des Vereins für Socialpolitik. Zwar gehe die Arbeitslosigkeit zur Zeit zurück. „Aber ich bezweifle, daß wir diesmal vor einer Trendwende stehen“, sagte er. „Dazu gibt es noch zu vieles, was den Arbeitsmarkt belastet.“ Dazu zählten vor allem die hohen Lohnkosten in Deutschland: „Die Arbeit ist schlichtweg zu teuer.“ Im Verarbeitenden Gewerbe habe Deutschland die höchsten Stundenlohnkosten der ganzen Welt.

Neuerlich attackierte Sinn den Flächentarifvertrag: „Ich halte ihn für eine versteckte Kartellvereinbarung, die verboten gehört.“ Wenn er aufgegeben würde, könnten die Tarifvereinbarungen höhere Löhne vorsehen, weil die schwächeren Betriebe nach unten abweichen könnten. Damit käme es zu einer stärkeren Preisdifferenzierung für den Produktionsfaktor Arbeit. „Das erhöht die Lohnquote und die Beschäftigung zugleich.“ Schädlich sei auch nach wie vor die Ausgestaltung der Sozialhilfe „als Lohn für die Untätigkeit“ mit einer „Transferenzzugsrate von 100 Prozent“.